

Antrag an den Landesparteitag am 24.11.2019 zum Flächenrecycling

Der Landesparteitag möge folgende Resolution beschließen:

**JA zum Flächenrecycling von Industriebrachen -
NEIN zur Ausweitung des Industriegebiets Lisdorfer
Berg und zur Rodung einer wertvollen Waldfläche
von ca. 30.000 qm in Saarbrücken-Gersweiler!**

Der Landesparteitag begrüßt und unterstützt die mit Presseerklärung vom 14. Oktober 2019 veröffentlichte gemeinsame Initiative des Landesvorsitzenden Markus Tressel und des Saarlouiser Ortsvorsitzenden Hubert Ulrich, mit der diese eine neue Industrie- und Gewerbeflächenstrategie für das Saarland fordern. Ziel muss die effiziente Nutzung der bereits vorhandenen Flächen sein. Statt einer undifferenzierten Flächenbevorratung muss das Land konsequent die bereits ausgewiesenen Flächen zielgerichtet entwickeln und belegen. Hier bestehen noch riesige Potenziale, die ohne Neuinanspruchnahme von Flächen realisierbar sind. Um die Problematik der Gewerbesteuer in den Griff zu bekommen, muss künftig in größeren Räumen gedacht und ein entsprechender Ausgleichsmechanismus entwickelt werden. Der Gewerbesteuer-Egoismus vieler Kommunen hat in der Vergangenheit zu irrationalen Flächenentscheidungen geführt. Eine Flächenentwicklung „ins Blaue“ hinein und eine undifferenzierte Flächenbevorratung hingegen ist weder ökologisch verträglich und gesellschaftlich durchsetzbar noch ökonomisch sinnvoll. Eine kluge Flächenstrategie, die vorhandene Potenziale hebt und effizient mit bestehenden Flächen umgeht, ohne unnötig neue Flächen zu versiegeln, ist auch gut für die Unternehmen, weil sie Synergien und Zusammenarbeit fördert und den wirklich passenden Standort findet und nicht einen Standort anpreist, der aus irgendwelchen lokalpolitischen Gründen gerade auf den Markt geworfen wird. Wir wollen Kirchturmdenken überwinden im Interesse des Landes und seiner Entwicklung!

Prototyp einer Fehlentwicklung ist nach Ansicht auch des Landesparteitages die geplante Ausweitung des Industriegebietes Lisdorfer Berg in Saarlouis. Mit dem Kraftwerksgelände Ensdorf steht zwei Kilometer Luftlinie entfernt eine gewidmete Industriefläche von über 50 Hektar zur Verfügung, während auf dem Lisdorfer Berg wertvolle Grünfläche zugebaut werden soll. Es wäre ein Treppenwitz, wenn wegen einer Gemarkungs- und damit einer Gewerbesteuergrenze die Stadt Saarlouis 50 Hektar Fläche versiegelt, während zwei Kilometer eine bestehende - ähnlich große - Fläche ungenutzt brachliegt, die infrastrukturell über viel bessere Voraussetzungen verfügt. Das ist ökologisch und ökonomisch Irrsinn!

Ein weiteres prägnantes Beispiel für eine derartige fehlgesteuerte Flächenpolitik sind aktuelle Planungen der Landeshauptstadt Saarbrücken, nach denen in Gersweiler für eine Betriebserweiterung auf einer Fläche von rund 30.000 Quadratmetern ein artenreicher Mischwald gefällt werden soll. Das entspricht in etwa 4.000 Bäumen – oder der Größe von 6 Fußballplätzen! Der über viele Jahrzehnte gewachsene Wald liegt nur 200 Meter vom Landschaftsschutzgebiet „Aschbachtal“ entfernt. Das Waldgebiet ist nicht nur ein wichtiger CO₂-Speicher für die Bevölkerung in Gersweiler und Klarenthal-Krughütte, es ist auch Winterquartier für viele Amphibien und Lebensraum zahlreicher anderer Tierarten wie z.B. Fledermäuse, Vögel und Insekten, Braun- und Schwarzwild.

Nachdem der Saarbrücker Stadtrat im Juni zunächst im Februar diesen Jahres einstimmig der Aufstellung des Bbauungsplanes „Gewerbegebiet Krughütter Straße“ zugunsten der geplanten

Betriebserweiterung der Firma Woll Maschinenbau GmbH zugestimmt hat, hat er dann wenige Monate später im Juni mit großer Mehrheit den Klimanotstand für die Landeshauptstadt ausgerufen. Dieses widersprüchliche und inkonsequente Verhalten ist aus unserer Sicht völlig inakzeptabel. Spätestens nach der Ausrufung des Klimanotstands muss der Bebauungsplan gestoppt werden. Es wurden seitens des Stadtrates weder alternative Standorte in Erwägung gezogen oder nach solchen gesucht. Im Radius von wenigen Kilometern befinden sich bereits erschlossene Industriegebiete mit der Möglichkeit der sofortigen Bebauung.

WIR KRITISIEREN:

- Die im Bebauungsplanentwurf ausgewiesene Fläche halten wir für ungeeignet, weil hierfür wertvolle Waldfläche abgeholzt werden muss. Das Roden des Waldes verursacht Artensterben und treibt den Klimawandel weiter voran!
- Besonders betroffen von der geplanten Abholzung sind die Amphibien, die das Waldgebiet als Winterquartier nutzen. Jährlich retten freiwillige Helfer Frösche, Kröten und Molche (darunter auch den besonders bedrohten Bergmolch) während ihrer Wanderung zu ihren Laichgewässern bei der Überquerung der vielbefahrenen Landstraße L 274. Durch die Abholzung geht dieser Lebensraum unwiederbringlich verloren!
- Der Wald ist mehr als nur Bäume. Er produziert Sauerstoff, speichert Energie und Wasser, reduziert CO₂, bietet unterschiedliche Lebensräume und Erholung.
- Im Zuge des Klimawandels werden sogenannte ‚Extremsommer‘ leider mehr und mehr zur Normalität. 30.000 Quadratmeter Wald filtern nicht nur eine große Menge CO₂ und andere Treibhausgase (ca. 5 kg Luftschadstoffe pro Baum und Jahr), sondern produzieren im gleichen Zeitraum wertvollen Sauerstoff (130 kg pro Baum und Jahr). Ein Hektar Wald filtert im Durchschnitt pro Jahr rund 10 Tonnen Kohlendioxid.
- Bis eventuelle Ausgleichsmaßnahmen auch nur annähernd greifen würden, vergingen Jahrzehnte. Damit auch zukünftige Generationen in Gersweiler und Saarbrücken auf starke, vielfältige und schöne Wälder in ihrer Heimat zählen können, fordern wir, dass die Politik den Wald als Ökosystem schützt. Alle Möglichkeiten sind auszuschöpfen und neue zu entwickeln, um Vorhaben wie die geplante Betriebserweiterung außerhalb des Waldes umzusetzen!
- Standortalternativen für die geplante Betriebserweiterung wurden nicht ausreichend geprüft, weil es sich um ein städtisches Grundstück handelt, das kurzfristig und billig zur Verfügung steht. In Saarbrücken und Umgebung gibt es zahlreiche Industriebrachen (z.B. am „Brebacher Ohr“ und am Hans-Großwendt-Ring in Völklingen-Fenne). Es wurde nicht ernsthaft nach alternativen Lösungen im Sinne eines zeitgemäßen, nachhaltigen Umgangs mit bestehenden Ressourcen gesucht.
- Der Stadtrat Saarbrücken hat am 19. Juni 2019 einstimmig den Klimanotstand für die Stadt Saarbrücken ausgerufen. Das bedeutet, dass alle Beschlüsse und Entscheidungen der Stadt unter den Klimavorbehalt gestellt werden. Umweltschutz, Klimaschutz und Artenschutz müssen bei allen Vorhaben berücksichtigt werden. Die Abholzung von gesundem Wald und die anschließend geplante Bebauung steht dazu in krassem Gegensatz und können wir so nicht hinnehmen!

Die politisch Verantwortlichen im Stadtrat sind lediglich die Treuhänder der öffentlichen Wälder. Der Wald gehört den Bürgerinnen und Bürgern!

Der Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen Saar fordert die Kreisstadt Saarlouis und deren Stadtrat sowie alle ihm angehörenden Fraktionen auf, ihre Planungen zu einer unnötigen Versiegelung einer 50 Hektar großen Industriefläche auf dem Lisdorfer Berg sofort zu stoppen!!!

Der Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen Saar fordert außerdem die Landeshauptstadt Saarbrücken und deren Stadtrat sowie alle ihm angehörenden Fraktionen auf, die Abholzung von ca. 30.000 qm Mischwald zu verhindern und den Bebauungsplan Nr. 211.11. „Gewerbegebiet Krughütterstraße“ sofort zu stoppen bzw. abzulehnen!!!

Wir fordern zugleich den Regionalverband Saarbrücken auf, die Änderung des Flächennutzungsplans zum Bebauungsplan Krughütterstraße abzulehnen!!! Erst recht darf diese Änderung auf keinen Fall in einem Hauruck-Verfahren und ohne umfassende und frühzeitige Information des Planungsrates erfolgen!!!